

presse

AG Kultur und Medien

Auseinandersetzung mit NS- und SED-Diktatur fördern

Marianne Schieder, zuständige Berichterstatterin:

Mit dem neu geschaffenen Programm „Jugend erinnert“ stärkt der Bund die Auseinandersetzung mit der NS-Terrorherrschaft und der SED-Diktatur. Gedenkstätten werden gezielt unterstützt bei der grenzüberschreitenden, pädagogischen Arbeit mit jungen Menschen. In dieser Woche findet zu unserem Antrag „Bundesprogramm Jugend erinnert – Wissensvermittlung über Wirkung und Folgen von Diktatur und Gewaltherrschaft stärken“ die parlamentarische Beratung statt.

„Die Mahn- und Gedenkstätten stehen vor zahlreichen Herausforderungen: Die letzten Überlebenden des NS-Terrors verstummen und können ihre Erinnerungen nicht mehr direkt weitergeben. Mit wachsender zeitlicher Entfernung zu den schrecklichen Ereignissen wird es für die nachfolgenden Generationen immer schwerer, den Nazi-Terror genauso wie die SED-Diktatur zu begreifen.

Mit dem neuen Programm ‚Jugend erinnert‘ wollen wir Jugendliche ermutigen, sich kritisch mit den deutschen Diktaturen auseinanderzusetzen. Bereits in diesem Jahr sind dafür insgesamt sieben Millionen Euro im Bundeshaushalt bereitgestellt. Gezielt sollen damit Gedenkstätten, die bereits heute vorbildliche Arbeit leisten, unterstützt werden, ihre Bildungsprogramme auszubauen. Im Fokus stehen der grenzüberschreitende Austausch junger Menschen, die Kooperation von Gedenkstätten mit Bildungseinrichtungen, Jugendorganisationen und der öffentlichen Verwaltung sowie die Entwicklung innovativer digitaler Formate. Für die SPD-Bundestagsfraktion ist klar: Wir stehen zu unserer Verantwortung, das Gedenken an die Opfer wachzuhalten und treten jeglicher Relativierung menschenverachtender Diktaturen entschieden

entgegen. Dies findet sich auch in dem von der SPD initiierten Antrag wieder.“